

Jahresbericht 2014 / 2015

Sozialkonferenz des Kantons Zürich
01. Oktober 2014 bis 30. September 2015

Inhalt

Editorial	3
Sozialpolitische Aktivitäten	4
Vernehmlassungen	4
Öffentlichkeitsarbeit	4
Zusammenarbeit mit kantonalen Entscheidungsgremien	5
Kantonale Arbeitsgruppen	6
Jahrestagung 2014	8
Sommertagung 2015	9
Präsidium / Vorstand / Geschäftsstelle / Finanzen	10

Editorial

Die abgelaufene Berichtsperiode stand ganz im Zeichen der SKOS-Richtlinien. Das neue Co-Präsidium der SKOS hat die in Auftrag gegebenen Studien zum Grundbedarf, zum Äquivalenzprinzip und zu jener von der Sozialkonferenz des Kantons Zürich geforderten über das Anreizsystem, zu Beginn des Jahres 2015 ausgewertet und darauf basierend Änderungsvorschläge innerhalb der SKOS-Richtlinien erarbeitet. Diese wurden einer breiten Vernehmlassung unterzogen und im Mai vom Vorstand der SKOS zuhanden der Sozialdirektorenkonferenz SODK verabschiedet. Die SODK folgte den Vorschlägen nicht in allen Teilen. Die revidierten Richtlinien werden eine Senkung des Grundbedarfs für Jugendliche unter 25 Jahren ohne familiäre Verpflichtungen, eine Plafonierung der Beiträge für Haushalte mit mehr als sechs Personen und eine Verdoppelung der Sanktionen von 15 auf 30% Kürzung des Grundbedarfs enthalten. Die Integrationszulage IZU soll mit der MIZ verschmolzen und die Kriterien dafür präziser gefasst werden. In einem weiteren Reformschritt sollen unter anderem die Bedingungen für situationsbedingten Leistungen, überprüft werden. Die Reaktionen auf diese Reformschritte waren verhalten positiv. Die

Sozialkonferenz kann befriedigt feststellen, dass ihre Forderungen weitgehend erfüllt wurden.

Der Sozialbericht des Kantons Zürich 2013 wies einmal mehr aus, dass die grössten Kostensteigerungen bei den Ergänzungsleistungen zu AHV und IV anfallen. Die Sozialhilfequote im Kanton blieb stabil, die absolute Zahl der Sozialhilfeempfangenden nahm indessen zu, was sich in den Sozialbudgets der Gemeinden niederschlägt. Die Diskussion um Sozialhilfe ist im Laufe des Jahres etwas sachlicher geworden. Die Erkenntnis, dass die ganz grossen Kostentreiber nicht in der Sozialhilfe liegen, beginnt sich durchzusetzen.

Wünschenswert wäre, wenn man sich in Politik und Medien noch stärker mit den Fragen befassen würde, wie unser Arbeitsmarkt aussieht, welche Anforderungen er stellt und welche Massnahmen im Bereich früher Förderung, Schul- und Berufsbildung, Weiterbildung, Erhaltung der Arbeitsmarktfähigkeit bis zur Pensionierung, Rahmenbedingungen für die Beschäftigung weniger Leistungsfähiger etc. zu treffen wären, um möglichst viele Personen in den Arbeitsprozess eingliedern und halten zu können.

Sozialpolitische Aktivitäten

Im Zürcher Kantonsrat warf eine Motion KR-Nr. 267/2014 über die Aufhebung der Rechtsverbindlichkeit der SKOS-Richtlinie medial grosse Wellen. Sie wurde am 4. Mai 2015 im Kantonsrat mit 96 Nein zu 73 Ja ebenso verworfen wie im Januar die parlamentarische Initiative KR-Nr. 169/2013, welche gesetzliche Grundlagen im Sozialhilfegesetz zur Benützung von Fahrzeugen verlangte. Das neugewählte Zürcher Parlament verwarf Anfang Juni einen Vorstoss, der die Senkung des Grundbedarfs auf 90% verlangte mit klarem Mehr. Eine ganze Reihe von Vorstössen zur Sozialpolitik ist noch pendent.

Der Zürcher Regierungsrat senkte auf den 1. April 2015 den Einkommensfreibetrag von Fr. 600.00 auf Fr. 400.00 und nahm damit ein Anliegen auf, das im Kantonsrat vorgebracht wurde. Gleichzeitig verfügte er zur Minderung des Schwelleneffektes, dass der Einkommensfreibetrag beim Austritt aus der Sozialhilfe einberechnet werden muss.

Die Motion zur Aufhebung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge KKBB wurde überwiesen. Es ist damit zu rechnen, dass diese Beiträge bald ersatzlos gestrichen werden.

Der Kantonsrat musste Anfang Mai einer zweiten Verlängerung für die Erfüllung der Motion für ein neues Jugendheimgesetz zustimmen. Die Regierung verabschiedete den Entwurf für ein Jugendheim- und Familienunterstützungsgesetz nach den Sommerferien, sodass die Beratungen in der zuständigen Kommission des Kantonsrates nun beginnen können.

Vernehmlassungen

Die Sozialkonferenz hat im Verlauf des Jahres an folgenden Vernehmlassungen teilgenommen und sich an der weiteren Diskussion der geplanten neuen gesetzlichen Vorgaben und Bestimmungen beteiligt:

- Fehlanreize in der Sozialhilfe
- Aufhebung Kleinkinderbetreuungsbeiträge (KKBB)
- Jugendheim- und Familienunterstützungsgesetz (JFG)
- Einführung Zeitvorsorgesystem

Die Stellungnahmen wurden wie gewohnt in enger Zusammenarbeit und Absprache mit verschiedenen Fachstellen, dem Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich, den Städten Zürich und Winterthur und weiteren Interessierten erstellt.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Sozialkonferenz machte in der Berichtsperiode Schlagzeilen wie noch nie. Anlass dazu waren einerseits Vorstösse im Kantonsrat, andererseits eine Kampfkandidatur gegen den Vorschlag des Vorstandes, den Wahlrhythmus für das Präsidium zu wechseln und das Co-Präsidium nur für ein Übergangsjahr zu wählen. Die Co-Präsidentin gab dazu verschiedene Interviews in Tageszeitungen und in den elektronischen Medien. Grosse Beachtung in den Medien fand auch die Mitgliederversammlung. Erneut zur Stellungnahme aufgefordert wurde die Sozialkonferenz anfangs 2015 zu der Familientragödie in Flaach, welche zu heftigen Reaktionen gegen die KESB in den Medien führte. Die Sozialkonferenz gab in der Berichtsperiode vier elektronische Newsletter heraus und äusserte sich in diversen Medienmitteilungen zu der angestrebten Teilrevision der SKOS-Richtlinien und zur Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge.

Zusammenarbeit mit kantonalen Entscheidungsgremien

In der Berichtsperiode setzte die Sozialkonferenz mit dem Vorsteher der Direktion für Sicherheit und Soziales, Regierungsrat Mario Fehr, die vertrauensvolle Zusammenarbeit und den wertvollen Austausch fort. Die Sozialkonferenz freut sich, auch in der Legislatur 2015 – 2019 mit Regierungsrat Mario Fehr zusammenzuarbeiten und auf seine tatkräftige Unterstützung zählen zu dürfen.

Ein gutes Einvernehmen und eine erfolgreiche Kooperation bestand bis Mai 2015 auch mit dem Vorsteher der Direktion der Justiz und des Innern, Regierungsrat Martin Graf. Dafür ist ihm die Sozialkonferenz sehr verbunden und dankt ihm herzlich. Erste Gespräche mit der neuen Vorsteherin, Regierungsrätin Jacqueline Fehr, bestätigen die gegenseitige Bereitschaft zur Fortsetzung der bisherigen, sehr guten Zusammenarbeit.

Weiterhin im ständigen und konstruktiven Kontakt ist die Sozialkonferenz mit dem Chef des kantonalen Sozialamtes, Ruedi Hofstetter, und seinen Mitarbeitenden. Mit dem für die interinstitutionelle Zusammenarbeit (iiz) verantwortlichen Leiter Arbeitsmarkt des Amtes für Wirtschaft und Abgaben (AWA), Edgar Spieler, wurde die enge Zusammenarbeit fortgesetzt. Mit der bis Ende Juni 2015 amtierenden Leiterin der Fachstelle Integration des kantonalen Amtes für Justiz und des Innern, Julia Morais, wurde der Kontakt und die Kooperation gepflegt. Intensiv war auch die Zusam-

menarbeit mit Amtchef André Woodtli und den Mitarbeitenden des kantonalen Amtes für Jugend und Berufsberatung.

Die von den Gemeinden getragenen regionalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden bilden die Grundlage für eine intensive Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der kantonalen Direktion der Justiz und des Innern, Christian Zünd, und dem kantonalen Gemeindevorstand sowie dem Präsidenten der KESB-Präsidenten-Vereinigung (KPV), Ruedi Winet. Die Sozialkonferenz organisierte im Berichtsjahr mit Eva Vontobel-Lareida und Rolf Bieri eine Konferenz mit den verantwortlichen Personen der KESB-Trägerschaften. Die regelmässigen Treffen ermöglichen die Kommunikation und Vernetzung unter den Trägern sowie eine Plattform für den Austausch mit den kantonalen Stellen. Im Auftrag der KESB-Trägerschaften wurden die Vorgaben für kantonale KESB-Kennzahlen erarbeitet und erste Auswertungen für das Jahr 2014 vorgelegt.

Mit der ZHAW, Departement Soziale Arbeit, pflegte die Sozialkonferenz eine rege Zusammenarbeit und steten Austausch. Die Direktorin der Schule, Ursula Blosser, ist Mitglied des Vorstandes, Uwe Koch, Dozent, Mitglied der Arbeitsgruppe 'metier'. Stattgefunden hat während dem Berichtsjahr ein Treffen von Ausbildungsverantwortlichen der Schule mit leitenden Angestellten von öffentlichen Sozialen Diensten.



Kantonale Arbeitsgruppen

Totalrevision Sozialhilfegesetz

Mit Beschluss des Regierungsrates vom 26. September 2012 wurde die kantonale Sicherheitsdirektion beauftragt, das Sozialhilfegesetz einer Totalrevision zu unterziehen. Die Gesetzgebungsarbeiten werden von einer breit abgestützten Gruppe von Expertinnen und Experten begleitet und unterstützt. Die Sozialkonferenz nimmt mit zwei Vertretern in diesem Gremium Einsitz. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit im August 2015 abgeschlossen. Vorgesehen ist, dass der Regierungsrat den Gesetzesentwurf anfangs 2016 berät und im Frühjahr 2016 in die Vernehmlassung gibt.

Fachgruppe soko-iiz

Die Fachgruppe soko-iiz wird von der kantonalen iiz-Geschäftsstelle geleitet. Vertreter/-innen des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit, des kantonalen Sozialamtes, der kantonalen Sozialversicherungsanstalt, der kantonalen Bildungsdirektion und der Sozial-

konferenz gehören dieser Fachgruppe an. Behandelt werden Themen zur Optimierung der konkreten Zusammenarbeit der iiz-Partner mit Schwerpunkt «Sozialhilfe». Die Treffen finden zweimal im Jahr statt. Die Tätigkeit der iiz-Geschäftsstelle wurde im letzten Jahr extern überprüft, die Auswertung liegt vor. Die Sozialkonferenz wurde nicht wie beantragt in die ordentliche kantonale iiz-Führungsstruktur aufgenommen. Fortgesetzt wird die Zusammenarbeit im bisherigen Rahmen. Überprüft und verbessert werden sollen vor allem die konkrete Beratung und Unterstützung von Einzelfällen, die gemeinsam von den kantonalen Organen der Arbeitslosen- bzw. Invalidenversicherung und der Sozialhilfe geführt werden. Im Oktober 2015 tritt der langjährige kantonale Leiter der iiz-Geschäftsleiter, Gabor Csernyik, eine neue Stelle an. Die Sozialkonferenz dankt ihm für die sehr gute Zusammenarbeit und den umsichtigen Einbezug der Sozialhilfe bei iiz Themen.

EG AVIG – Sozialhilfe

In der Arbeitsgruppe «Zusammenarbeit EG AVIG – Sozialhilfe» sind das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit, das kantonale Sozialamt, die Städte Winterthur und Zürich und die Sozialkonferenz vertreten. Die neuen Anforderungen, die für die Mitfinanzierung des Kantons betreffend Integrationsangebote der Sozialhilfe gelten, werden in der Zwischenzeit von einigen akkreditierten Anbietern erfüllt und erhalten vom AWA die gesetzlich vorgesehenen finanziellen Beiträge. Für Gemeinden werden dadurch finanziell entlastet. Erste Auswertungen dieser neuen Zusammenarbeit werden im Verlaufe des Jahres 2015 vorliegen.

Empfehlungen zum Vorgehen bei angeordneten Kinderschutzmassnahmen mit Folgekosten

Die ausgearbeiteten Empfehlungen zum Vorgehen bei angeordneten Kinderschutzmassnahmen mit Folgekosten werden seit Anfang 2014 umgesetzt. Mit dem AJB, dem KPV und dem kantonalen Sozialamt wurde ein Vorschlag über das Vorgehen ausgearbeitet, wenn



Eltern nicht bereit sind, bezüglich der Festsetzung des Elternbeitrages zu kooperieren. Dieser Entwurf wird derzeit AJB intern betreffend Umsetzung geprüft.

KESB – Gemeinden

Auf Initiative des Gemeindepräsidentenverbandes des Kantons Zürich arbeitet eine Arbeitsgruppe, in der die Sozialkonferenz mit zwei Personen vertreten ist, Empfehlungen aus, die zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden beitragen sollen.

Arbeitsgruppe Wohnen

Existenzsicherung und Wohnen sind eng miteinander verknüpft. Themen wie Wohnkosten, fehlender Wohnraum, Obdachlosigkeit und Zuzüge bzw. Verdrängung von Sozialhilfebeziehenden beschäftigen die Sozialhilfe immer mehr. Die Arbeitsgruppe unter Leitung von Max Elmiger, Caritas versucht, Ursachen für unterschiedliche Entwicklungen in den Gemeinden zu finden und Anhaltspunkte dafür, wie Gemeinden reagieren und steuern könnten, und es allenfalls bereits tun. Berücksichtigt werden dabei auch nationale Bemühungen und Studien.

Arbeitsgruppe Verfahren

Die AG Verfahren unter Leitung von Beat Schneider hat während dem Jahre 2014 eine Analyse der Verfahren vorgenommen und die Abläufe übersichtlich in Schemata dargestellt. Die Ergebnisse wurden an der Zusammenkunft der Sozialvorstände anlässlich der Jahrestagung der Sozialkonferenz 2014 vorgestellt. Die Arbeitsgruppe wurde danach aufgelöst.

Kommission Behinderteneinrichtungen

Diese Kommission tagte in der Berichtsperiode zwei Mal.

Stiftung Chance

Die Restrukturierung der Bauteile verlief erfolgreich. Für die Mitarbeitenden war dies mit grossen Belastungen verbunden. Sie meisterten die Herausforderungen, welche mit der Verkleinerung der Halle und des Lagers einher-

gingen und konnten gleichzeitig den Betrieb aufrechterhalten. Mitte des Jahres ging die Submission für die Triagestelle der Fachstelle für Integration an die Stiftung Chance, zudem ist sie Anfang des Jahres mit der Vergabe von subjektfinanzierten Einsatzplätzen betraut worden. Seit dem Frühling vertritt Mark Eberli anstelle von Hans Peter Hulliger den Gemeindepräsidentenverband GPV im Stiftungsrat.

metier – das Weiterbildungsangebot der SOKO

Die Grundkurse Sozialhilfe bildeten im Wahljahr 2014 einen Schwerpunkt des Kursangebotes metier. So wurden vier Grundkurse mit vor allem neugewählten Behördenmitgliedern durchgeführt. Daneben wurden verschiedene Vertiefungskurse zu ausgewählten Themen, sowie zwei Kurse im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts angeboten.

Es wurden insgesamt 11 Kurse mit 302 Teilnehmenden durchgeführt. Fünf Kurse mussten aufgrund ungenügender Teilnehmerzahl leider abgesagt werden. Die Beurteilung der Kursteilnehmenden über die Organisation und Inhalte der Angebote fiel ein weiteres Mal sehr gut aus. Die Aufgaben des Kurssekretariates wurden im 2014 in kompetenter Art durch Gabriela Schatz wahrgenommen.

Die meisten Kurse fanden im Zentrum für Weiterbildung der Universität Zürich statt. Dieser Ort hat sich in der Vergangenheit bewährt und wird von den Teilnehmenden sehr geschätzt.

Die Arbeitsgruppe metier hat das Kursprogramm 2015 erarbeitet und setzt dabei auf die bewährten Angebote.

Das Jahr 2014 wurde nicht so gut wie erhofft abgeschlossen, vor allem aufgrund der schlecht ausgelasteten Kurse im Kindes- und Erwachsenenschutzbereich und der gestiegenen Raumkosten am Zentrum für Weiterbildung der Universität Zürich. In diesem Zusammenhang erarbeitet die Arbeitsgruppe metier bereits Alternativen, um die Kosten im Bereich der Kursräume senken zu können. Dank den Beiträgen des Kantonalen Sozialamtes und des Gemeindeamtes können die Kurse zu moderaten Konditionen angeboten werden.

Jahrestagung 2014

Gastreferent war Felix Wolffers, Co-Präsident SKOS und Chef des Sozialamtes Stadt Bern. Er schilderte das Vorgehen für die Teilrevision der SKOS-Richtlinien und betonte, die Forderung von Regierungsrat Mario Fehr, die neuen Bestimmungen bis zum 1. Januar 2016 in Kraft zu setzen, sei ausserordentlich sportlich. Der von ihm vorgestellte Fahrplan konnte eingehalten werden. Im September 2015 unterbreitete die SKOS der SODK die ausgearbeiteten Richtlinien. Regierungsrat Mario Fehr liess es sich auch dieses Jahr nicht nehmen, die Grussbotschaft der Zürcher Regierung zu überbringen. In seinem Tour d'Horizon nahm er Stellung zu den neuen Entwicklungen im Asylbereich und kündigte an, dass noch vor Weihnachten eine Stellungnahme der Regierung zu den zahlreichen Vorstössen im Kantonsrat zur Sozialhilfe zu erwarten sei. Erneut betonte der Sicherheitsdirektor, dass die Regierung grundsätzlich an den SKOS-Richtlinien festhalten wolle, unterstrich aber gleichzeitig den Reformbedarf und die Notwendigkeit einer stärkeren Einflussnahme der Politik auf die SKOS. So sollen künftig die SKOS-Richtlinien formell durch die Sozialdirektorenkonferenz verabschiedet werden. Die Sozialvorstände befassten sich an ihrer Zusammenkunft mit den Erfahrungen mit den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden

(KESB). Einleitend dazu wurden dazu von folgenden Personen, die bei der Errichtung und dem Betrieb der neuen Behörden wesentlich Verantwortung trugen und tragen, Referate gehalten:

- Ruedi Winet, Präsident KESB-Präsidienvereinigung (KPV):
«Standortbestimmung KESB»
- Rolf Bieri, kantonales Gemeindeamt:
«2 Jahre KESB – Erfahrungen»
- André Woodtli, Chef Amt für Jugend und Berufsberatung:
«KESB und AJB Mandatszentren»
- Ruedi Hofstetter, Amtschef kantonales Sozialamt:
«Finanzierung von Heimplatzierungen»

In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden danach die Zusammenarbeit mit den KESB thematisiert, Verbesserungsmöglichkeiten besprochen und Fragen zuhanden der Referenten ausgearbeitet. Diese wurden im Plenum weiter behandelt. Abschliessend zog Regierungsrat Martin Graf ein Fazit aus den zwei Jahren KESB-Betrieb im Kanton Zürich. Ein grosses Lob sprach er dabei den Gemeinden aus, die es geschafft haben, innerhalb kurzer Zeit die KESB aufzubauen und deren Betriebe in bereits sehr guter Qualität sicherzustellen.



Sommertagung 2015

Die Sozialkonferenz hat grösstes Interesse daran, dass möglichst früh alles vorgekehrt wird, damit sie möglichst wenige Klientinnen und Klienten betreuen muss. Die quantitativ grösste Anspruchsgruppe in der Sozialhilfe sind Kinder und Jugendliche. Armut und Sozialhilfeabhängigkeit haben die Tendenz sich sozial zu vererben, trotz Chancengleichheit bei den schulischen Angeboten. An der 5. Sommertagung der Sozialkonferenz des Kantons Zürich war «Frühe Förderung – Chancen für die Kinder, Familien und Gemeinden» Thema. Damit wollten wir aufzeigen, welche Massnahmen geeignet sind, den Weg aufs Sozialamt zu vermeiden. Mit Nationalrätin Rosmarie Quadranti, langjährige Schulpräsidentin und Präsidentin vom Verband Kinderbetreuung (kibesuisse), Prof. Dr. Andrea Lanfranchi, Leiter des Nationalfondsprojektes «ZEPPELIN» und André Woodtli, Amtschef Jugend und Berufsberatung, beleuchtete ein illustres Referententeam die heutige Situation und gab Hinweise, wo die Entwicklung hingehen muss. Sie waren sich einig, dass frühe Förderung nicht zu verwech-

selt mit früher Verschulung, eine wichtige Basis für eine erfolgreiche Sozialisation, Schulung und Berufsbildung sei. Allerdings gab Lanfranchi zu bedenken, dass es bei den familienergänzenden Kinderbetreuungsformen immer auch ein Qualitätsthema gebe. Quadranti wies auf die laufenden Qualifizierungen der Krippen hin. Alle Referate sind auf der Website der Sozialkonferenz abrufbar.



129 stimmberechtigte Mitglieder fanden sich zur Mitgliederversammlung ein, um den Wahlrhythmus für das Co-Präsidium auf nach den Kantonsratswahlen zu verlegen. Dank einer äusserst kurzfristig eingereichten Kandidatur wurde die Wahl des Co-Präsidiums für ein Übergangsjahr zu einem Richtungsentscheid. Nach dem Willen von 88 gegen 34 Stimmenden sollen Reformen in der Sozialhilfe weiterhin im Rahmen der SKOS bzw. SKOS-Richtlinien gefällt werden. Für ein Jahr wiedergewählt wurde das bisherige Co-Präsidium Gabriela Winkler und Armin Manser. Die Anwesenden beschlossen ausserdem die Statuten total zu revidieren. Der Vorstand wird an der Mitgliederversammlung 2015 nach einer breiten Vernehmlassung einen Statutenvorschlag zur Genehmigung unterbreiten. Der Mitgliederbeitrag wurde von Fr. 0.05 auf Fr. 0.06 Gemeinde/Einwohnende erhöht. Der Antrag des Vorstandes, die Sitzungsgelder für Ausschuss und Vorstand zu reduzieren, wurde aufgrund einer Intervention aus dem Plenum klar abgelehnt.

Der Vorstand und der Ausschuss haben sich nach den Gemeindewahlen 2014 für die Legislatur 2014–2018 neu formiert. Der Vorstand tagte in der Berichtsperiode viermal, der Ausschuss fünfmal.

Für 2014 war ein Verlust von Fr. 14 000.00 budgetiert, es resultierte jedoch einer von Fr. 35 000.00. Die Beitragsrechnungen für 2014 bildeten die an der Mitgliederversammlung 2013 beschlossene Erhöhung des Mitgliederbeitrages um Fr. 0.01 auf Fr. 0.05 nicht ab, was nach der Revision der Jahresrechnung zu einer Nachforderung führte, die im April 2015 ausgelöst wurde. Das Ergebnis 2014 wäre bei Berücksichtigung des genehmigten Mitgliederbeitrages um ca. Fr. 12 000.00 besser ausgefallen. Der Verlust 2014 konnte durch die Auflösungen von Rückstellungen ausgeglichen werden. Der Mitgliederversammlung wird die Rechnung mit einer entsprechenden Fussnote betreffend im Jahre 2015 erfolgte Nachforderung präsentiert.

Zusammensetzung des Vorstandes 2014–2018

Gabriela Winkler, Co-Präsidentin
Armin Manser, Co-Präsident
Roger Bachmann, Vizepräsident, Bezirk Dietikon
Martin Blattmann, Fachperson Stadt Zürich
Claude Chatelain, Quästor, Fachperson
Doris Egloff, Fachperson Stadt Zürich
Beat Fahrni, Bezirk Dielsdorf
Esther Franceschini, Bezirk Affoltern
Susanne Friedrich, Bezirk Andelfingen
Martin Gfeller, Fachperson Bezirk Winterthur-Stadt
Beatrix Jud, Bezirk Bülach
Martina Hubacher, Bezirk Uster
Emy Lalli, Stadt Zürich
Markus Morger, Fachperson Bezirk Horgen
Remo Moser, Bezirk Horgen
Thomas Pally, Bezirk Meilen
Ernst Schedler, Fachperson Stadt Winterthur (Dieter Wirth ab März 2015)
Beat Schneider, Bezirk Bülach
Christian Wegmüller, Bezirk Pfäffikon
Sylvia Veraguth, Bezirk Hinwil
Heinz Zentner, Stadt Winterthur
vakant Bezirk Winterthur-Land

Beisitzer

Rolf Bieri Beisitzer, Gemeindeamt
Ruth Ledergerber, KPV
Ursula Blosser, ZHAW, Soziale Arbeit
Mark Eberli, GPV
Max Elmiger, Caritas, private Institutionen
Nadine Zimmermann, Sozialamt Kanton Zürich
Isabella Feusi, Amt Jugend und Berufsberatung

Revisoren

Nina Friederich, Bezirk Dielsdorf
Roger Hermann, Bezirk Uster

Bei der Konstituierung des Ausschusses wählte der Vorstand Roger Bachmann, Stadtrat Dietikon zum Vizepräsidenten, neu in den Ausschuss delegiert wurde Sylvia Veraguth, bestätigt wurden die Bisherigen Doris Egloff, Claude Châtelain, Martin Gfeller, Remo Moser und Beat Schneider in den Ausschuss.

Die Debatte um die Sozialkosten ist insgesamt härter geworden. Das fand auch seinen Niederschlag in den Gremien der Sozialkonferenz. Die Bemühungen um einen konstruktiven Dialog mussten verstärkt werden. Innerhalb von Ausschuss und Vorstand dominiert nach wie vor eine kritisch-konstruktive Zusammenarbeit. Allen Mitwirkenden sowie den Mitarbeitenden im Sekretariat und Kurswesen metier, sowie allen, die sich für das Sozialwesen und im Besonderen für die Sozialhilfe einsetzen und die Anliegen der Sozialkonferenz positiv begleiten, gehört unser verbindlicher, herzlicher Dank.

September 2015
Das Präsidium
Gabriela Winkler
Armin Manser



Impressum

Herausgeberin

Sozialkonferenz des Kantons Zürich

Redaktionskommission

Vorstand der Sozialkonferenz des
Kantons Zürich

Redaktion

Gabriela Winkler, Co-Präsidentin
Armin Manser, Co-Präsident
Martin Gfeller, AG metier

Gestaltung

Nadine De Brito
SSW Webfactory GmbH, Oberglatt

Druck

Staudacher Print AG, Chur

Redaktionsadresse

Sozialkonferenz des Kantons Zürich
Sekretariat
Birchweg 17
8154 Oberglatt
Tel.: +41 44 851 09 20
Fax: +41 44 850 46 92
sekretariat-soko@winklercom.ch
www.zh-sozialkonferenz.ch